

09.03.22**Antrag****des Landes Nordrhein-Westfalen**

Entschließung des Bundesrates: Alle Möglichkeiten zur Schaffung von Aufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftseinrichtungen oder sonstigen Unterkünften für ukrainische Geflüchtete ausschöpfen - § 246 Absatz 14 Baugesetzbuch wieder in Kraft setzen

Der Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, 8. März 2022

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Bodo Ramelow

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, dem Bundesrat den als Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates:
Alle Möglichkeiten zur Schaffung von Aufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftseinrichtungen oder sonstigen Unterkünften für ukrainische Geflüchtete ausschöpfen - § 246 Absatz 14 Baugesetzbuch wieder in Kraft setzen

zuzuleiten.

Ich bitte, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates mit dem Ziel der sofortigen Sachentscheidung in die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 11. März 2022 aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Hendrik Wüst

EntschlieÙung des Bunderates:

Alle Möglichkeiten zur Schaffung von Aufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftseinrichtungen oder sonstigen Unterkünften für ukrainische Geflüchtete ausschöpfen - § 246 Absatz 14 Baugesetzbuch wieder in Kraft setzen

Der Bundesrat möge die folgende EntschlieÙung fassen:

1. Der Bundesrat stellt fest, dass es derzeit nicht möglich ist, verlässlich abzuschätzen, wie viele ukrainische Kriegsflüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland Schutz und Hilfe vor den kriegesischen Handlungen finden werden. Mit der Aktivierung der Aufnahmerichtlinie 2001/55/EG durch den Rat der Europäischen Union wird der vorübergehende Schutz als Notfallmechanismus aktiviert, um Vertriebenen sofort und kollektiv Schutz zu gewähren. Mit dem damit verbundenen Aufenthaltstitel wird der Zugang zu Wohnraum, medizinischer Versorgung, der Zugang zur Bildung für Kinder und der Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnet werden.
2. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, angesichts dieser Situation gegenüber Kommunen und Länder umfassende Handlungsbefugnisse zu ermöglichen: § 246 Absatz 14 BauGB beinhaltete bis zum 31. Dezember 2019 einen Sonderabweichungstatbestand, der vorsah, dass von den Vorschriften des BauGB oder den aufgrund des BauGB erlassenen Vorschriften in erforderlichem Umfang abgewichen werden konnte. Dieser Mechanismus ist kurzfristig wieder in Kraft zu setzen, um dort, wo dringend benötigte Unterkunftsmöglichkeiten nicht oder nicht rechtzeitig auf Basis der Übrigen im Rahmen des Baulandmobilisierungsgesetzes verlängerten Sonderregelungen für Flüchtlingsunterkünfte geschaffen werden können, Handlungs- und Umsetzungsfreiheit im Interesse der Schutzsuchenden zu erhalten.

Begründung:

Länder und Kommunen bereiten sich derzeit intensiv auf die Einreise von Kriegsflüchtlingsen aus der Ukraine vor, um insbesondere Frauen und Kindern Schutz und Hilfe vor den Kriegshandlungen in der Ukraine gewähren zu können.

Hierzu gehört insbesondere auch die Bereitstellung von Wohnraum bzw. Unterkünften. § 246 BauGB enthält insbesondere in den Absätzen 8 bis 13 Sonderregelungen für Flüchtlingsbauten, die bis zum 31. Dezember 2024 befristet sind. Im Zuge der Verlängerung der genannten Vorschriften durch das Gesetz zur Mobilisierung von Bauland (Baulandmobilisierungsgesetz)

vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802), in Kraft getreten am 23. Juni 2021, wurde jedoch der bisherige Absatz 14 nicht verlängert.

Dieser sah einen Sonderabweichungstatbestand für den Fall vor, dass auch bei Anwendung von § 246 Absatz 8 bis 13 BauGB dringend benötigte Unterkunftsmöglichkeiten im Gebiet der Gemeinde, in der sie entstehen sollen, nicht oder nicht rechtzeitig bereitgestellt werden können. Damit fand § 246 Absatz 14 BauGB nur Anwendung, wenn die Unterkunftsmöglichkeit nicht ohnehin bereits nach den geltenden bauplanungsrechtlichen Vorschriften zulässig war und auch die zeitlich befristeten Sonderregelungen in § 246 Absatz 8 bis 13 BauGB nicht ausreichten, um die Zulässigkeit herbeizuführen. Dieser Nachrang der Anwendung erfuhr aber gleichzeitig eine räumliche Eingrenzung auf das Gebiet der Standortgemeinde.

Da derzeit nicht abschätzbar ist, wie viele ukrainische Kriegsflüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland Schutz und Hilfe suchen, benötigen die Kommunen umfassende bauplanungsrechtliche Handlungsfreiheit zur Schaffung von Unterkünften.